

ALEXANDER LEWTSCHENKO

DIE UKRAINISCHE LINKE UND DIE UKRAINISCH-RUSSISCHEN BEZIEHUNGEN

Eine neue Generation, die seit der Unabhängigkeit der Ukraine geboren wurde, kann die politische Landschaft beträchtlich verändern und das Verhältnis der Ukraine zu Russland beeinflussen. Da linke Parteien und Organisationen von den ukrainischen Wählern traditionell als die politische Kräfte angesehen werden, die für die Wiederherstellung einer Union ostslawischer Staaten eintreten, können ihre Führung und ihre Mitgliedschaft in neuer Zusammensetzung dieses Klischee überwinden.

DIE EVOLUTION DER POSTSOWJETISCHEN TRADITIONELLEN LINKEN IN DER UKRAINE

Drei Bruchstücke der einst mächtigen Kommunistischen Partei der Ukraine im Bestand der UdSSR sind nach wie vor auf der politischen Bühne des Landes präsent. Dies ist, erstens, die KPU unter Führung von Petro Simonenko, die nach zweijährigem Verbot den Namen und den Rechtsstatus, aber nicht das Vermögen ihrer Vorgängerpartei geerbt hat. Das ist, zweitens, die Sozialistische Partei der Ukraine (SPU) unter Oleksandr Moros – frühere Kommunisten, die nach Aufhebung des Parteiverbots nicht der KPU beitraten. Das ist, drittens, die von Natalja Vitrenko geführte Progressive Sozialistische Partei der Ukraine (PSPU), eine Abspaltung von der SPU, zu der es kam, weil Natalja Vitrenko sich mit Oleksandr Moros nicht verstand, den sie für zu kompromissbereit gegenüber Liberalen und Nationalisten, zu vorsichtig in der Politik und zugleich für zu autoritär hält.

Da die Spaltung der einstigen Regierungspartei nicht aus ideologischen Gründen, sondern wegen der Ambitionen einzelner Personen erfolgte, unterschieden sich die drei Parteien in ihrer außenpolitischen Orientierung zunächst kaum voneinander. Außerdem ließen sie alle sich von den Interessen jenes Teils der ukrainischen Bevölkerung leiten, der kurz nach dem Zerfall der UdSSR der «Einheit der Slawen» nachtrauerte, welche angesichts des katastrophalen Niedergangs der Volkswirtschaft der Ukraine vor allem mit dem Verlust der sozialen Sicherheit gleichgesetzt wurde. Es ist verständlich, dass viele Menschen die Sehnsucht nach Wiederherstellung der UdSSR oder zumindest einer Wiedervereinigung von Russland, der Ukraine und Belarus mit Parteien verbanden, die Begriffe wie «sozialistisch» oder «kommunistisch» in

ihrem Namen führten. Was Wunder, dass KPU und SPU dieses Thema für sich entdeckten. So initiierten sie im Jahre 1993 ein Referendum über die Vereinigung der Ukraine mit Russland, das sie zweifellos gewonnen hätten, wenn sie nicht vorher von der Staatsmacht zum Aufgeben gezwungen worden wären. Den Gegnern solcher Bestrebungen kam der Ausbruch des Tschetschenienkrieges wie gerufen, denn er führte zu einem gewissen Abrücken der Ukrainer von Russland, weil seit dem Scheitern der UdSSR in Afghanistan keiner mehr für fremde Interessen im Ausland zu sterben gedachte.

Als mit der Zeit immer klarer wurde, dass vor allem Jelzins Mannschaft im Kreml die Union der ostslawischen Staaten nicht wollte, modifizierten die linken Parteien in ihren Programmen die Sicht auf das ukrainisch-russische Verhältnis. Die KPU ist noch heute bereit, den Bund der ehemaligen Sowjetrepubliken wiederherzustellen. Allerdings sieht sie darin die «Wiedergeburt der Union gleichberechtigter Brudervölker als freiwillige Assoziation souveräner sozialistischer Staaten». Das heißt, vor der Vereinigung sollen die einzelnen Republiken zunächst den Sozialismus als ihre politische Ordnung wiederherstellen. Bevor dies geschieht, strebt die KPU lediglich eine «intensivere Integration im Rahmen der GUS» an (dabei haben die russischen Wirtschaftsmagnaten, die sich vor allem für eine Konsolidierung des postsowjetischen Raumes einsetzen, wahrlich keine kommunistischen Ziele im Sinn.)

Die Sozialistische Partei der Ukraine demonstriert zwar einen klareren Bruch mit der sowjetischen Vergangenheit, hat aber eine reichlich verschwommene allgemeine politische Orientierung. In ihrem Programm definiert sie sich als «patrioti-

sche, staatsorientierte Partei». Daher hält sie es für notwendig, freundschaftliche Beziehungen zu allen Staaten herzustellen, spricht sich aber für eine «Priorität der brüderlichen Beziehungen zu Russland, Belarus und den anderen Nachbarstaaten sowie für die Konsolidierung und den Schutz des Slawentums» aus. Das kann man so verstehen, dass die SPU eine Wiedervereinigung mit Russland und Belarus derzeit ausschließt. Aber es ist nicht klar, ob sie mit den «anderen Nachbarstaaten» auch nichtslawische ehemalige Sowjetrepubliken wie Kasachstan oder Turkmenistan meint. Schließlich fallen in diese Kategorie ebenso Staaten wie Polen, Ungarn oder die Türkei.

Allein die «Rote Walküre» Natalja Vitrenko sprach sich längere Zeit bedingungslos für die Wiedervereinigung der Ukraine mit Russland und Belarus sowie für die Wiederherstellung der UdSSR aus. Sie erklärte allerdings nicht, wie das gehen soll, da Russland und die Ukraine beide kapitalistische Staaten sind. Im Jahre 2007 brachte dann auch die PSPU ihren Kurs auf die Höhe der Zeit. In ihrem Wahlprogramm erklärte sie zu ihrem außenpolitischen Ziel den «Beitritt der Ukraine zum Gemeinsamen Wirtschaftsraum von Russland, Belarus und Kasachstan». Die «höchste Stufe der Integration» strebt sie jedoch nur für drei Länder an und fordert die «Bildung einer neuen Union von Ukraine, Belarus und Russland».¹

Parteien, die sich selbst sozialdemokratische oder Labour-Parteien nennen, lasse ich hier bewusst beiseite. Sie sind fern jeglicher Ideologie und stellen entweder rein kommerzielle Projekte dar wie die Vereinigte Sozialdemokratische Partei (SDPU) oder sind Ein-Mann-Shows von Leuten, die sich als Politiker aufspielen, weil sie zwar genug Geld haben, aber an unerfüllten Ambitionen leiden.

DIE AUSSICHTEN DER TRADITIONELLEN LINKEN

Bei dieser ausschließlichen Nostalgie musste die traditionelle Linke damit rechnen, dass ihre Wählerbasis nach und nach schrumpfte. Das war bereits 1997 abzusehen, als die Partei der Regionalen Wiedergeburt als Vorläuferin der heute von Viktor Janukovič geführten Partei der Regionen (PRU) gegründet wurde. Sie bediente sich nämlich derselben NATO-feindlichen, pro-russischen und panslawischen Rhetorik wie die traditionelle Linke. Als Projekt wohlhabender, einflussreicher Geschäftsleute und Staatsbeamter aus den östlichen und südlichen Regionen der Ukraine, unter ihnen der reichste Kapitalist des Landes, Rinat Achmetov, standen ihr dafür allerdings ungleich größere finanzielle und administrative Ressourcen zur Verfügung.

Das Ergebnis ist, dass die Kommunistische Partei der Ukraine, die 1994 noch mit 91 Abgeordneten im Parlament, der Verchovna Rada, saß, heute dort nur noch 27 Sitze (von insgesamt 450) hat. Allein zwischen den Wahlen von 2006 und 2007 verloren die drei linken Parteien etwa 900 000 Wähler. SPU und PSPU gelang 2007 der Einzug ins Parlament nicht mehr. Aber auch wenn sie dorthin gelangt wären, hätten sie weder miteinander noch mit den Kommunisten eine Faktion gebildet, da letztere inzwischen ein merkwürdiges Bündnis mit der radikal liberalen Partei der Regionen eingegangen sind. Der Niedergang der KPU hat zu Spannungen in der Partei geführt, die sich im Februar 2009 in einem heftigen Konflikt entluden. Der einflussreiche Führer der starken Parteiorganisation in der Autonomen Republik der Krim, Leonid Gratsch, warf der Parteiführung vor, sie lasse sich zu sehr in parlamen-

tarische Spielchen ein und vernachlässige die Aufgabe, eine aktive Opposition gegen die ukrainische Regierung und die Wirtschaftsoligarchie zu organisieren, die versuchen, die Last der Krise auf die Gesellschaft abzuwälzen. Vertreter der Partei äußerten jedoch intern gegenüber Journalisten, der letzte Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte, sei die Nachricht gewesen, führende Vertreter der KPU kungelten heimlich mit der Fraktion des Blocks von Ministerpräsidentin Julia Timoschenko (BJUT) und ließen sich für die Unterstützung von Initiativen der Regierung bezahlen.² Ob dies nun zutrifft, oder nicht (das Gleiche wird auch Leonid Gratsch im Hinblick auf die Partei der Regionen vorgeworfen), es machte die Unterschiede in wichtigen Positionen zwischen einzelnen Führern der KPU deutlich und trug kaum zur Aufbesserung von Image und Aussichten der Partei bei.

Der Rückgang des Wählereinflusses der Sozialistischen Partei der Ukraine hängt vor allem damit zusammen, dass sie mehr und mehr zu einer normalen «Partei der Mitte» geworden ist, die aus finanziellen Gründen ihre Partner mit Leichtigkeit wechselt. Außerdem hat sie inzwischen eine Reihe Geschäftsleute in ihre Führungsgremien aufgenommen, die von sozialistischen (und auch anderen) Ideen weit entfernt sind, ja sogar der Korruption verdächtigt werden. So ist es nicht verwunderlich, dass wichtige sozialistische Politiker wie Josef Winski und Juri Luzenko mit einer Reihe von Gefolgsleuten die Partei verlassen und sich auf der Suche nach Absicherung ihrer Interessen BJUT angeschlossen haben. Prompt wurden sie dafür von Ministerpräsidenten Timoschenko mit den Posten des Verkehrs- bzw. Innenministers belohnt.

Die fortschreitende Erosion der ideologischen Basis der SPU sowie persönliche Konflikte zwischen führenden Vertretern haben im März 2009 zu einer weiteren Abspaltung geführt. Der «ideologische» Flügel, vertreten von Stanislav Nikolaenko (einem ehemaligen Bildungsminister) und Alexander Baranivski (dem früheren Landwirtschaftsminister) beschuldigten den Vorsitzenden Oleksandr Moros, er ziehe die Interessen gewisser Wirtschaftsgruppen denen der Partei vor, und wurden daraufhin ausgeschlossen. Ein beträchtlicher Teil lokaler Funktionäre und Aktivisten der SPU, vor allem im Süden des Landes, schlossen sich ihnen an und haben gemeinsam mit dem früheren stellvertretenden SPU-Vorsitzenden Iwan Tschisch, der vor einigen Jahren aus ähnlichen Gründen ausgeschlossen wurde, und dessen Anhängern eine neue Partei mit dem Namen «Sprawedliwost» (Gerechtigkeit) gegründet.

Das Schrumpfen der Stimmenzahl der Linken wird in der Regel mit dem hohen Alter ihrer Wähler erklärt. Das kann jedoch kaum der Hauptgrund sein, denn der Rückgang der Wählerstimmen vollzieht sich dreimal so schnell, wie die Bevölkerung der Ukraine abnimmt. Da ist schon plausibler, dass für die meisten Menschen die Alltagssorgen immer wichtiger werden als hehre politische Ideen oder außenpolitische Präferenzen. Da die traditionelle Linke offenbar nicht willens und auch nicht in der Lage ist, die Politik des Staates in Richtung einer Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen zu beeinflussen, da zugleich vielen in einer Welt, die so anders ist, als Marx und Lenin sie beschrieben haben, ohne ideologische Orientierung dastehen, verlieren Parteien

¹ Siehe http://www.vitrenko.org/start.php?lang=1&part_id=3 (russ.) ² Siehe u. a. <http://pravda.com.ua/ru/news/2009/2/4/87806.htm> (ukr.)

immer mehr an Anziehungskraft, die nichts Anderes anzubieten haben als eine Rückkehr zur sowjetischen Vergangenheit. Selbst dann, wenn das Verhältnis zu Russland in Wahlzeiten ein Thema der ukrainischen Innenpolitik wird, können die KPU und die beiden sozialistischen Parteien diese günstige Situation nicht für sich nutzen, weil ein beträchtlicher Teil ihrer potenziellen Wählerschaft im Osten und Süden des Landes es vorzieht, die Partei der Regionen zu unterstützen, die über reale Möglichkeiten verfügt, ihre populistischen Versprechungen zu erfüllen (was sie bisher jedoch auch nicht getan hat). Allerdings teile ich nicht die Meinung, dass die postsowjetische traditionelle Linke bald von der politischen Bühne verschwindet. Es gibt Gründe anzunehmen, dass das große ukrainische Privatkapital versuchen wird, sie weiter zwischen Leben und Sterben zu halten. Eingebaut in ein bürgerliches politisches System, stellt sie für die Herrschaft des Kapitals keine reale Gefahr dar. Mehr noch, die traditionelle Linke könnte im neu entstehenden ukrainischen Kapitalismus als eine Art Schutzimpfung für jene jungen Ukrainer dienen, die sich für den Marxismus und die «Revolution» interessieren. Junge Leute werden sich kaum dafür entflammen, wenn sie Bekanntschaft mit linken Parteien machen, die sich von Liberalen und Nationalisten nur in Worten, nicht in der Tat unterscheiden und deren autokratische Führung sich ähnlicher Methoden bedient.

Da sozialistische und sozialdemokratische Ideen für einen beträchtlichen Teil der ukrainischen Gesellschaft nach wie vor attraktiv sind, wird die traditionelle Linke auch von gewissen Gruppen der Oligarchie (darunter russischen) als politische Waffe im Kampf um das Vermögen der Ukraine benutzt. Die traditionelle Linke ihrerseits bedient sich dessen als unerschöpflicher Finanzquelle.

Was außenpolitische Fragen betrifft, so demonstriert das bisherige politische Zusammengehen traditioneller Linker und ukrainischer Liberaler aus den östlichen und südlichen Regionen des Landes, dass beide pro-russische und panslawische Losungen vor allem für den politischen Kampf gegen die Liberalen und Nationalisten der westlichen Landesteile einsetzen. Wenn nötig, verteidigt die Linke auch ausschließlich die Interessen des nationalen Kapitals und lässt die Idee von der Einheit der Slawen fallen. Das bedeutet, dass eine exaktere Prognose des ukrainisch-russischen Verhältnisses möglich wird, wenn man die Interessen und das Verhalten der Wirtschaftseliten ins Kalkül zieht und weniger die Losungen der traditionellen Linken von der gemeinsamen Kultur, Sprache und Geschichte der Völker der Ukraine und Russlands.

In diesem Zusammenhang bringt auch eine Analyse der Jugendorganisationen von KPU und SPU wenig Neues. Solange in diesen Parteien keine innerparteiliche Demokratie einzieht, verhindern die autoritären «Erwachsenen», die die Finanzen kontrollieren, dass unter ihrer Jugend etwas anderes heranwächst als Ebenbilder der Parteibürokraten von heute. Junge Leute, die sich damit nicht abfinden wollen, werden aus den Parteien hinausgedrängt.

Was die PSPU betrifft, so hat sie bei den Parlamentswahlen vom Oktober 2007 ihre Ergebnisse leicht verbessern können und die Hürde von drei Prozent beinahe erreicht, aber ihre Zukunft bleibt unsicher, weil es sich bei dieser Partei um eine One-Woman-Show handelt. Wenn sich Natalja Vitrenko einmal aus der Politik verabschiedet, dann wird es auch ihre Partei nicht mehr geben.

DIE UNION DER LINKSKRÄFTE

Im Dezember 2007 ist wie aus dem Nichts eine neue Partei auf der politischen Bühne erschienen – die Union der Linkskräfte (ULK). Sie wird von dem Parlamentsabgeordneten Wassili Wolga geführt, einem ehemaligen sowjetischen U-Boot-Offizier und früheren Mitglied der SPU, der einen Lehrgang am Institute of Democracy in Washington absolvierte. Der ULK ist es binnen Jahresfrist gelungen, in vielen Regionen aktive Organisationen aufzubauen, was zu zahlreichen Gerüchten geführt hat. Danach soll die ULK entweder ein Projekt des Milliardärs Rinat Achmetov oder eines anderen Superreichen aus der Partei der Regionen sein, der die Positionen der Kommunisten in den östlichen und südlichen Landesteilen untergraben und damit die Wählerbasis der PR erweitern will. Andere wollen wissen, die ULK sei ein Versuch Russlands, KPU und PSPU abzulösen und an deren Stelle als pro-russische Opposition gegen die proamerikanischen nationalistischen Kräfte in der Ukraine zu etablieren.

In der Tat ist es unmöglich, ohne beträchtliche finanzielle Unterstützung so rasch Parteistrukturen aufzubauen. Aber wie alle anderen ukrainischen Parteien legt auch die ULK ihre Sponsoren nicht offen. So kann man sie nur nach ihren Worten und Taten beurteilen.

Praktisch gesehen ist die ULK wie die PSPU die One-Man-Show von Wassili Wolga. Er hat seine Partei sichtbar zwischen KPU und PSPU positioniert. Was das Verhältnis zu Russland betrifft, so tritt sie, ähnlich wie die Anderen, für «die Bildung eines gemeinsamen Wirtschaftsraumes von Ukraine, Russland, Belarus und Kasachstan» ein sowie für «den Beitritt zur staatlichen Union von Russland und Belarus».³ Nach Meinung der ULK könnte die Ukraine trotzdem ihre staatliche Unabhängigkeit bewahren.

Viele Experten halten den Start der Partei für nicht sehr erfolgreich. Sie weisen darauf hin, dass es falsch gewesen sei, allein auf Wassili Wolga zu setzen und weitere führende Köpfe nicht zu beachten, darunter bekannte Wissenschaftler. Der Hauptfehler scheint jedoch zu sein, dass man versäumt hat, den führenden Mann mit aktiven jungen Leuten zu umgeben. So konnte die Partei sich bisher nicht als zukunftsfähige Organisation präsentieren und erscheint eher als kurzfristiges, auf die nächste Wahl gerichtetes Unternehmen. Dazu würde auch passen, dass die ULK im April 2009 mit der von Leonid Gratsch geführten KPU-Organisation der Krim das Wahlbündnis «Für eine neue Krim» geschlossen hat. Sollte dieses – möglicherweise zusammen mit «Spravedlivost» und der PSPU – bei den Wahlen zum Parlament der Krim im Jahre 2010 erfolgreich sein, dann könnte das die Positionen der ULK in anderen Regionen und die Rolle von Leonid Gratsch in der KPU weiter stärken. Das bedeutete, zumindest zeitweilig, auch eine Stärkung von Kräften, die sich längerfristig der Einheit der Ostslawen verschrieben haben.

DIE NEUEN LINKEN BEWEGUNGEN

Inzwischen betritt eine neue Generation von Ukrainern die politische Bühne: die, die im letzten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts geboren wurde. Wenn wir fünf Jahre weiter blicken, dann wird die linke Jugend des Landes nur noch aus Menschen bestehen, die die Ukraine als ihre Heimat ansehen,

nicht mehr die UdSSR. Und wie für jede Jugend wird ihnen die eigene Zukunft wichtiger sein als die Vergangenheit ihrer Eltern.

Hier sei darauf hingewiesen, dass dieser Generationswechsel in den GUS-Staaten die Russen weniger interessiert. Für sie war die Geschichte Russlands 1991 nicht zu Ende. Die Bürger der Russischen Föderation sehen ihr Land als den Rechtsnachfolger der UdSSR, das Kernland der Union, das von «undankbaren Nachbarn» verraten wurde. Für die jungen Leute, die nach 1991 in Kiev oder Minsk geboren wurden, hat das Wort «Sowjetunion» dagegen nicht mehr diesen heiligen Klang. Die Geschichte der Unabhängigkeit ihrer Staaten hat gerade erst begonnen. Daher wird ein Teil der ukrainischen Jugend, die, so hoffe ich, linkes Gedankengut aufnimmt, die frühere Sowjetunion ohne diese Nostalgie sehen – ein Faktor, der unbedingt ins Kalkül gezogen werden muss.

Heute verteilen sich junge Ukrainer, die sich selbst als «inoffizielle Linke» betrachten, die außerhalb der traditionellen Linksparteien stehen, auf mehrere Organisationen. Drei davon halte ich für interessant und aussichtsreich: Die Linke Initiative, die Neue Linke und die Organisation der Marxisten. Ihre Aktivisten sind meist ehemalige Mitglieder von KPU und SPU, die nicht länger ertragen konnten, wie autokratisch diese Parteien geführt werden, und dass es dort «Geldsäcke» gibt, die deren Ziele und Ideologie wenig interessieren, die aber großen Einfluss auf deren Politik ausüben.

Die *Linke Initiative* (LI) neigte von Anfang an der trotzkistischen Kultur zu. Nach ihrem Programm von 2004 zu urteilen, definiert sie sich selbst als das «ukrainische revolutionäre Segment einer weltweiten antikapitalistischen Front globalen Widerstandes», als Bewegung von Globalisierungs- und Kriegsgegnern, als Kern einer «demokratischen und sozialistischen Bewegung», die eine «neue internationale Organisation» aufbauen will, da die «bürgerlich-nationalistischen Alternativen dem Totalangriff der weltweiten transnationalen Konzerne machtlos gegenüberstehen». Auf ihrer Gründungsversammlung verkündete die Linke Initiative die Bildung des Organisationskomitees für eine Arbeiterpartei der Ukraine. Von ehemaligen Sowjetrepubliken erscheint im Programm der LI nur Russland als imperialistischer Staat, der mit dem Tschetschenienkrieg «die Fähigkeit des Kremls zur Kontrolle seiner Halbkolonien» bewiesen habe. Die Ukraine ist in diesem Kontext das «Kampffeld solch mächtiger Räuber wie des westeuropäischen, amerikanischen und russischen imperialistischen Kapitals».

Von außen gesehen, entsteht der Eindruck, dass die LI die Ukraine als Opfer des «Weltimperialismus» sieht. Um sich gegen diesen zur Wehr zu setzen müsse man den antikapitalistischen Kampf mit einer Wiederbelebung des Nationalbewusstseins der Ukrainer verbinden. Der Führer der LI, Oleg Vernik, hält es für möglich, mit nationalistischen Organisationen zusammenzuarbeiten, die bereit sind, für die Befreiung der Welt «von den Fesseln der kapitalistischen Lohnklaverei und imperialistischer Aggressionen» zu kämpfen. Nach seiner Meinung gehen antiimperialistisch eingestellte junge Leute in der Ukraine nach rechts, weil eine patriotische Linke im Lande fehle, deren Rolle im Massenbewusstsein «pro-russische chauvinistische Kräfte übernommen haben».

Eine weitere inoffizielle Organisation ist die *Neue Linke* (NL), die 2006 gegründet wurde und ein Konglomerat junger (oder relativ junger) Männer und Frauen von extremen Linken und

Anarchisten bis zu radikalen Nationalisten (die man in der Ukraine normalerweise rechts einordnen würde) darstellt. An der Spitze der NL stehen bekannte Journalisten und Politikwissenschaftler, führende Figuren der grünen Bewegung und unabhängiger Gewerkschaften.

Für die NL sind außenpolitische Fragen keine vorrangigen Themen. Sie vertreten ausgewogene Ansichten zu verschiedenen internationalen Integrationsprojekten und bewerten die außenpolitischen Möglichkeiten der Ukraine zurückhaltend. Das liegt möglicherweise daran, dass in dieser Organisation mehrere Experten aus regierungsnahen wissenschaftlichen Institutionen mitwirken, die, anders als zum Populismus neigende Politiker, gewohnt sind, von den Realitäten auszugehen.

Nach ihren Veröffentlichungen zu urteilen, sieht die NL Russland als kapitalistischen Staat, der auf Grund seines Wirtschafts- und Militärpotenzials ein natürliches Kraftzentrum darstellt. Bestimmte Besonderheiten der russischen Elite verleihen dessen Einflussnahme einen aggressiven, zuweilen brutalen Charakter. Bei alledem ist ein ehemaliger führender Vertreter der NL, Juri Romanenko, im Unterschied zur LI der Meinung, dass Moskau nicht auf primitive Weise danach strebt, die abtrünnigen Republiken wieder einzusammeln. Er meint, Russland sei daran interessiert, «die Infrastruktur seiner Nachbarn in die Hand zu bekommen, um daraus Kapital zu schlagen und die Konkurrenzfähigkeit der russischen Finanz- und Industriegruppen auf den Weltmärkten zu stärken. Es habe kein Interesse daran, verlorene halbkoloniale Gebiete mit all ihren Problemen zurückzuholen.»⁴

Es ist symptomatisch, dass ein Analytiker der NL darin für die Ukraine die Chance sieht, «eine neue eurasische Strategie zu entwickeln, die imperialistische Elemente beinhalten könnte».⁵ Wenn die Ukraine sich als slawischer Staat mit mehr Toleranz und Demokratie entwickelte, dann könnte sie nach seiner Meinung zu einem Anziehungspunkt für alle postsowjetischen Staaten werden, die sich von Russland «erniedrigt und beleidigt» fühlen. Die NL sieht die Zukunft der Ukraine nur in Europa, betrachtet dies jedoch als ein Problem innerer Reformen und nicht der Außenpolitik.

Daraus leiten sich zwei weitere typische Charakteristika der NL ab. Erstens betont sie die Notwendigkeit, die Zusammensetzung der herrschenden Elite der Ukraine dadurch zu verändern, dass man Menschen mittleren Alters und des Mittelstandes hilft, zur Macht zu gelangen. Mit diesem Ziel haben der bereits erwähnte Juri Romanenko und Partner im Januar 2009 die neue gesellschaftliche Protestbewegung «Dostali!» [Uns reicht es!] ins Leben gerufen, an der vor allem Unternehmer kleiner und mittlerer Firmen mitwirken, die Opfer der Unfähigkeit der herrschenden Elite geworden sind, mit der Finanz- und Wirtschaftskrise fertig zu werden.

Zweitens sind einige Führer der NL der Meinung, dass diese sich nicht nach den traditionellen Ideologien definieren dürfe. Michail Tschaplyga meint zum Beispiel, die moderne Politik werde nicht mehr von reinen Ideologien bestimmt. Das sei der Fall, wenn politische Parteien sich von den Tagesforderungen ihrer Wähler leiten lassen und auf deren langfristige politische Einstellung keinen Einfluss nehmen. Daraus zieht Tschaplyga den Schluss, dass künftig diejenigen Kräfte in der Ukraine die Führung übernehmen werden, die sich schon

4 <http://www.politics.in.ua/index.php?go=News&in=view&id=7809> (russ.) 5 Ebenda.

heute auf die neue Generation orientieren, die eine neue Idee außerhalb der traditionellen Ideologien braucht, nach einem dritten Weg sucht.⁶

Die *Organisation der Marxisten* (OM) dagegen ist, wie bereits der Name sagt, auf gemeinsamen ideologischen Grundlagen und nicht tagespolitischen Zielen aufgebaut.⁷ Was die Außenpolitik betrifft, so stellt die Mehrheit ihrer Mitglieder die USA, die EU und Russland auf eine Stufe. Sie sind der Meinung, dass das nationale Privatkapital der GUS-Staaten sich diesen «Zentren des Weltimperialismus» unterordne.⁸ Viktor Schapinow zum Beispiel sieht in Russland einen Staat, der sich nach Lenins Definition in seinem imperialistischen Stadium befindet.⁹ Ähnlich äußert sich Alexander Budilo: «Im GUS-Raum sind nicht die Ukraine oder andere Staaten, sondern ist allein die Russische Föderation strategischer Partner der USA, des Westens und der NATO ... Die Haltung des Westens läuft auf folgendes hinaus: Soll Russland die Ukraine kontrollieren, wenn wir nur die Kontrolle über Russland ausüben ... Der Kampf der so genannten Linksparteien in der Ukraine (KPU, SPU und PSPU) gegen die NATO und für die berüchtigte Union der slawischen Brudernationen ist nichts Anderes, als eine Form des Kampfes für die Interessen des Großkapitals im Süden und Osten der Ukraine, das mit den russischen transnationalen Konzernen eng verwoben ist.» Daraus zieht Budilo den Schluss: «Zur Integrationen der Ukraine in Europa und den politischen, wirtschaftlichen und militärischen Strukturen des Westens gibt es keine Alternative, da Russland in dieselbe Richtung geht.»¹⁰

Im Juni 2006 erklärte eine Konferenz der OM mit dem Titel «Die Zukunft der Linkskräfte in der Ukraine»: «Die traditionellen Linksparteien nutzen den Kampf gegen die NATO und den Westen, um die Anwesenheit russischen Kapitals in unserem Lande zu verschleiern, das alles unternimmt, um unseren Markt zu erobern. Andere Teile der linken Bewegung gebrauchen den Kampf gegen die imperiale Politik Russlands als Vorwand, um den noch mächtigeren Imperialismus der USA und der EU zu unterstützen ... Den Kampf um den Sozialismus lehnen sie mit dem Argument ab, zunächst gehe es gegen den Imperialismus und die NATO, erst dann um den Sozialismus.»

In der OM gibt es Übereinstimmung, dass Interessen der Staaten «als Ganzes» nicht existieren, sondern nur unterschiedliche Klasseninteressen. Daher müsse der Kampf gegen den Imperialismus als Teil des Kampfes um den Sozialismus angesehen werden.

Das starke Wachstum von Neonazi-Organisationen in den westlichen Regionen der Ukraine und die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise für die ukrainische Jugend haben zu einer Annäherung zwischen außerparlamentarischen Linken und sozialen Bewegungen geführt. Im Frühjahr 2009 haben acht Jugendorganisationen¹¹ gemeinsame Kundgebungen und Demonstrationen gegen die Neonazis durchgeführt, was zeigt, dass ihre führenden Vertreter die Gegensätze überwunden und den Weg für eine engere Zusammenarbeit gebahnt haben. Dabei ist allerdings festzustellen, dass die außerparlamentarische Linke weiterhin getrennt von den Parteien der traditionellen Linken agiert.

VERSUCH EINES AUSBLICKS

Gegenwärtig werben drei Strömungen der linken Bewegung der Ukraine um Einfluss auf die Jugend, was deren Haltung

zu Russland und den ukrainisch-russischen Beziehungen beeinflussen kann.

Die *erste* sind die *traditionellen postsowjetischen linken Parteien*, die, das behaupten zumindest ihre Gegner, vom Großkapital ausgehalten werden. Sollte das zutreffen, dann werden sie sich in ihrer Politik, darunter auch in den Beziehungen zu Russland, wohl kaum gegen ihre Sponsoren stellen. Die Jugendorganisationen von KPU, SPU und PSPU werden die Parteibürokratie reproduzieren. Dabei ist nicht auszuschließen, dass jüngere Funktionäre nach Alternativen suchen, wenn sie das Heft in der Partei übernehmen.

Die *zweite* Strömung vertreten die *Neue Linke* und die *Linke Initiative*, die einen nationalpatriotischen Trend in der linken Bewegung darstellen. Kurzfristig sind ihre Aussichten durchaus optimistisch zu beurteilen. Der gesellschaftliche Bedarf an linker Politik wird wachsen, allerdings in Verbindung mit Forderungen nach Unterstützung nationaler kleiner und mittlerer Unternehmen. Damit könnte der Marxismus in den Mittelschichten stärker Mode werden. Die wachsende Klein- und Mittelbourgeoisie wird auf den Widerstand der Oligarchie stoßen, wenn sie ihren Platz auf dem politischen Olymp einnehmen will. Dabei könnte sie die Unterstützung der Protestbewegungen in der Gesellschaft suchen. Die inoffizielle Linke könnte hier eine bedeutende Rolle spielen, wenn sie finanzielle Unterstützung der bürgerlichen Kräfte akzeptiert. Die «orange Revolution», die manche eine «Revolution der Millionäre gegen die Milliardäre» nennen, war wesentlicher Ausdruck dieser Tendenz. Die mittlere Bourgeoisie wird dem Marxismus nur das entnehmen, was dazu dienen kann, das nationale Kapital vor dem Druck der transnationalen Konzerne zu schützen. Die revolutionäre Substanz dieser Lehre wird sie natürlich ignorieren. Trotzdem könnten Neue Linke und Linke Initiative, allerdings nicht die Organisation der Marxisten, finanzielle Unterstützung des nationalen Unternehmertums erhalten, wenn dieses versucht die traditionellen Linksparteien von der politischen Bühne zu verdrängen. Eine Schwäche von NL und LI besteht darin, dass ihre Mitglieder mehrheitlich Intellektuelle ohne enge Verbindung zu den Arbeitermassen sind. Es handelt sich zumeist um Politologen, Lehrkräfte an Universitäten oder Büroangestellte, die vom Aufbau einer Partei und ihrer Tätigkeit wenig verstehen. Es gibt Versuche, größere Teile der Arbeiterschaft für Gewerkschaften zu gewinnen, die von diesen Gruppen gegründet wurden, bislang allerdings mit mäßigem Erfolg. Diese Tendenz ist jedoch nicht ohne Aussichten. Leider gibt es auch Anzeichen dafür, dass sich manche Vertreter von NL und LI bereits als Berater für liberale oder populistische Projekte engagieren lassen. Das Großkapital könnte versuchen, diese beiden Organisationen zu beherrschen, bevor sie sich zu einer eigenen unabhängigen Bewegung entwickeln. Damit wäre ihr Schicksal als potenzieller Kern einer neuen Linkspartei allerdings besiegelt.

⁶ <http://www.politics.in.ua/index.php?go=News&in=view&id=7809>, (russ.) ⁷ Siehe <http://communist.ru/root/archive/politics/org.marx.bk>, (russ.) ⁸ W. Tereschtschuk, «Der Kapitalismus selbst stellt den Klassenkampf als Aufgabe» (russ.), in: *Protiv tetschenia* [Gegen den Strom], Nr. 6, 2006. ⁹ W. Schapinow, «Gibt es tatsächlich einen russischen Imperialismus?», ebenda. ¹⁰ A. Budilo, «Es lebe die Union der slawischen Brudervölker? Nein! Proletarier aller Länder vereinigt euch!», (russ.), in: *Protiv tetschenia*, Nr. 7, 2006. ¹¹ NGO's: Gesellschaftliche Alternative (<http://alerta.org.ua>), Revolutionärer Bund der Anarchosyndikalisten (<http://rkas.org.ua>), Neue Linke (<http://livasprava.info>), Organisation der Marxisten (<http://marx.org.ua>), Antifaschistische Aktion (<http://antifa-action.org.ua>), Gewerkschaften: Direkte Aktion, Schutz der Arbeiter, Allgemeiner Arbeiterbund – Anarchosyndikalisten.

Die *dritte* Strömung, die *linken Internationalisten*, werden heute noch weitgehend missverstanden, selbst von der Klasse, für deren Interessen sie sich einsetzen wollen. Das ist nicht verwunderlich, denn das Bewusstsein der Arbeiter und aller Lohnempfänger verändert sich nur langsam, im Grunde erst von Generation zu Generation. Dabei ist nicht auszuschließen, dass die jüngsten Teile der Linken eines Tages die Führung übernehmen. Viel hängt dabei von inneren und äußeren Faktoren ab, zum Beispiel vom weiteren Niedergang der ukrainischen Wirtschaft im Ergebnis der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise, einem Aufschwung der Arbeiterbewegung in der EU oder in Russland, aber auch von einer Radikalisierung der Neonazis in der Ukraine, die sehr gut möglich ist. Auch die Taktik der Organisation der Marxisten kann eine Rolle spielen, wenn diese gezwungen ist, nicht nur gegen den «russischen Imperialismus» im Allgemeinen zu agitieren, sondern zu konkreten politischen Entwicklungen Stellung zu nehmen wie dem Krieg zwischen Russland und Georgien.

Wie immer sich die Lage entwickeln mag, so kann mit relativer Sicherheit vorausgesagt werden, dass mit dem Generationswechsel in politischen Kreisen in der Ukraine auch die Gegensätze zwischen den einzelnen Landesteilen im Hinblick auf Russland geringer werden. Auch unter der Russisch sprechenden Jugend wächst ein ukrainischer Nationalstolz, der die Außenpolitik Moskaus zunehmend danach beurteilt, ob diese sich positiv oder negativ auf die Entwicklung der Lebensqualität in der Ukraine auswirkt und ob von ihr Gefahren für die Unabhängigkeit und territoriale Integrität der Ukraine ausgehen. Ungeachtet des vorhandenen Trends zur regionalen «Föderalisierung» der Ukraine wünscht sich kaum jemand eine tatsächliche Spaltung des Landes. Junge Leute werden immer weniger zwischen dem «neoimperialistischen» Russland und dem Westen unterscheiden. Es ist abzusehen, dass sie sich gegenüber der Russischen Föderation immer gleichgültiger verhalten, während der Widerstand gegen die USA wächst, wie auch die Tendenz, möglichst bald der wohlhabenden EU beizutreten.

Nach meiner Meinung reagiert der Kreml bereits auf diese Tendenz, wie auch auf das Scheitern seiner Versuche, die herrschende Elite der Ukraine mit ökonomischen Mitteln in Moskaus Einflussphäre zu halten. Zwar wird auch weiterhin auf die gemeinsame Geschichte und Kultur der Ukraine und Russlands verwiesen, aber neuerdings legt Moskau mehr Wert auf eine bewusste Propagierung der wirtschaftlichen und politischen Erfolge Russlands, womit ein positives Bild des Landes im postsowjetischen Raum als Alternative zu EU und NATO aufgebaut werden soll. Es ist nicht auszuschließen, dass ein rasches Ansteigen des Wohlstandes in Russland im Vergleich zur Ukraine hier starke Wirkungen erzielen könnte. Da diese neue Politik Russlands gerade begonnen hat und Ergebnisse erst in einigen Jahren erzielt werden können, wird die neue Generation der Ukraine, die heute in die Politik eintritt, sich wahrscheinlich stärker in nationalpatriotischer Richtung entwickeln. Wenn man bedenkt, dass dieser Prozess in Russland bereits im Gange ist, sind wachsende Spannungen im Verhältnis der beiden Staaten zu erwarten. Es sei denn, das Großkapital beider Länder findet Wege für eine stärkere Verschmelzung, die ein zunehmendes Interesse an einem stabilen Verhältnis zwischen beiden Völkern und Staaten hervorbringen könnte.

Die Abneigung der außerparlamentarischen Linken gegen gemeinsame Aktionen mit den traditionellen Linksparteien in der Ukraine wirkt sich auch auf die Zusammenarbeit der russischen und ukrainischen Linken insgesamt aus. Während KPU und PSPU enge, stabile Beziehungen zur Kommunistischen Partei der Russischen Föderation unterhalten, begnügen sich NL, OM und LI mit Kontakten zu außerparlamentarischen linken Parteien, Organisationen und Internetstrukturen in Russland. Dabei ist interessant und für mich ziemlich unverständlich, dass einige ihrer russischen Partner insgeheim Beziehungen zu nationalpatriotischen Kräften in der Ukraine unterhalten, während sie der KPRF im eigenen Lande «russischen Nationalismus» vorwerfen.

Insgesamt entsteht der Eindruck, dass die traditionelle Linke und die Mehrheit der außerparlamentarischen Linken der Ukraine im Hinblick auf Russland ähnliche Auffassungen vertreten. Sie sehen es als einen «imperialistischen» Staat, der für sie heute wenig attraktiv ist. Einzelne Organisationen suchen allerdings weiterhin nach neuen Antworten auf diese Frage, die die ukrainische Gesellschaft nach wie vor spaltet und für die Unterstützung sowie das Wählerpotential der einzelnen Parteien in den verschiedenen Regionen immer noch große Bedeutung hat.

Alexander Lewtschenko, freier Journalist und Politologe, Kiew.
Aktualisierte Version eines Artikels in Lewaja Politika, Moskau,
Nr. 2, 2007 (Übersetzung aus dem Englischen von Helmut Ettinger)

IMPRESSUM

RLS STANDPUNKTE wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig
Redaktion: Marion Schütrumpf-Kunze
Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · Tel. 030 44310-127
Fax -122 · m.schuetrumpf@rosalux.de · www.rosalux.de